**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21383**

14.09.2026

# Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8497 vom 29. Juli 2026
der Abgeordneten Elisabeth Müller-Witt, Christina Kampmann und Benedikt Falszewski SPD
Drucksache 18/20713

**Hitzeunwetter vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 in NRW – was machte Herr Minister Reul in dieser Zeit?**

***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Nordrhein-Westfalen erlebte in der Zeit vom 18. Juni bis zum 28. Juni 2026 eine Hitzewelle bei der die 40°C-Marke an mehreren Tagen überschritten wurde. Auch die Tagesmittel waren weit überdurchschnittlich. Die zusätzlich fehlende Abkühlung in den Nächten hat diese Hitzewelle zu einem Unwetter gemacht.

Seit dem 18. Juni 2026 gab der Deutsche Wetterdienst Hitzewarnungen heraus. In einer Mitteilung des DWD vom 25. Juni 2026[1] heißt es dann:

„Die aktuelle Hitzewelle ist nicht nur durch ihre Länge und das frühe Auftreten im Sommer außergewöhnlich, für uns Menschen ist auch die Hitzebelastung ungewöhnlich hoch." (…) „Mit seinen Hitzewarnungen ermöglicht der DWD jedem und jeder Einzelnen, aber auch der gesamten Gesellschaft, frühzeitig Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Die Warnungen sind in vielen Bereichen Auslöser für Akutmaßnahmen in Hitzeaktionsplänen, insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen und kritische Infrastruktur."

Die außergewöhnliche Hitze hatte erhebliche Auswirkungen in NRW. Viele Menschen mussten wegen hitzebedingter Kreislaufprobleme medizinisch versorgt werden. Teilweise mussten sie aus ihren Wohnungen evakuiert werden[2]. Rettungsdienste[3], Krankenhäuser[4], Schulen[5], Kindertagesstätten, Notaufnahmen, Pflegeeinrichtungen und Bestattungsunternehmen[6] waren besonders betroffen; in Nordrhein-Westfalen musste sogar ein Seniorenheim evakuiert werden[7].

[1] https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2026/20260625_dwd-warnt-ueber-langen-zeitraum-vor-hitze_news.html
[2] https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/feuerwehr-rettet-sieben-bewusstlose-aus-dachgeschosswohungen-koeln-eingesperrt-in-der-hitze-hoelle-94371987.html
[3] https://www1.wdr.de/nrw/rettungsdienste-hitze-dauereinsatz-nrw-100.html
[4] https://www.bild.de/regional/koeln/hitze-alarm-in-der-notaufnahme-sowas-hatten-wir-hier-noch-nie-6a3feef04f26b24bcf468f48
[5] https://www1.wdr.de/nrw/wetter/schulen-hitze-stress-100.html
[6] https://www.ksta.de/koeln/koeln-bestatter-fordern-krisenplan-wegen-hitzetoten-1325896
[7] https://www1.wdr.de/nrw/duesseldorf/hitze-einsatz-seniorenheim-dormagen-krefeld-100.html

Datum des Originals: 14.09.2026/Ausgegeben: 18.09.2026

Die Hitzewelle hat zu einem deutlichen Anstieg der hitzebedingten Todesfälle geführt. Rund 5.120 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland ermittelte das RKI im bisherigen Sommer bis Ende Juni 2026, wobei der Großteil auf die Hitzewelle Ende Juni zurückzuführen ist. Für NRW geht das Robert Koch-Institut für den Zeitraum bis Ende Juni 2026 von 1.230 Hitzetoten aus, was bereits viermal so viel wie im ganzen Jahr 2025 ist.[8]

Neben der Gesundheit war auch die Verkehrsinfrastruktur von den extremen Temperaturen betroffen. Auf der A 1 und der A 4 kam es wegen der Hitze zu Rissen in der Fahrbahn, flüssiges Bitumen, das die darüberfahrenden Auto- und Lkw-Reifen über Kilometer verteilen und ganze Asphaltstücke, die aus der Fahrbahn gebrochen und von darüberfahrenden Fahrzeugen in die Luft gewirbelt wurden[9]. In der Folge kam es zu Sperrungen und kilometerlangen Staus. Im Schienenverkehr führten Hitzeschäden ebenfalls zu Verspätungen und Zugausfällen[10].

Egal ob in Köln[11], Düsseldorf[12], Dortmund[13] oder in ländlichen Bereichen wie dem Kreis Euskirchen[14], während des Hitzeunwetters waren Feuerwehren und Rettungsdienste flächendeckend am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Auch die Notaufnahmen waren massiv gefordert und teilweise auch überlastet. Im Rhein-Sieg-Kreis mussten mehrere Krankenhäuser Unterstützung durch den Katastrophenschutz anfordern.[15] In anderen Krankenhäusern wurden Krisenstäbe aktiviert.[16]

**Der Minister des Innern** hat die Kleine Anfrage 8497 mit Schreiben vom 14. September 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantwortet.

### *Vorbemerkung der Landesregierung*

Hitzeschutz ist eine zentrale Aufgabe für Staat und Gesellschaft, die in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die Hitzeperiode im vergangenen Juni mit neuen Temperaturrekorden und einer bisher nicht erreichten Anzahl an aufeinanderfolgenden heißen Tagen ohne Nachtabkühlung war eine außergewöhnliche Belastung für die Bevölkerung, die Kommunen und die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie groß die Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel sind. Klimaanpassung und damit auch der Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels sind für die Landesregierung keine Frage einzelner

[8] https://www1.wdr.de/nrw/hitze-tote-in-nrw-rki-hitzewelle-100.html
[9] https://www.ksta.de/region/rhein-berg/bergisch-gladbach/risse-hitzeschaeden-auf-nagelneuem-abschnitt-der-a4-bei-bergisch-gladbach-1312680
[10] https://nationalexpress.de/unternehmen/presse-news/artikel/aufgrund-extremer-hitze-stellt-national-express-am-samstag-voruebergehend-den-betrieb-saemtlicher-rrx-linien-ein
[11] https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-rettungsdienst-am-poller-siebenkoelner-aus-hitze-wohnungen-gerettet-100.html
[12] https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/blaulicht/duesseldorf-hitze-treibt-einsatzzahlen-hoch-feuerwehr-rueckt-516-mal-aus_aid-150537875
[13] https://www.dortmund.de/newsroom/presse-mitteilungen/hitzetage-in-dortmund-starke-auslastung-im-rettungsdienst-bei-der-feuerwehr-und-in-den-kliniken.html
[14] https://www.radioeuskirchen.de/artikel/rettungsdienst-bilanz-nach-hitzetagen-2689970
[15] https://www1.wdr.de/nrw/rettungsdienste-hitze-dauereinsatz-nrw-100.html
[16] https://www.aerzteblatt.de/news/ich-personlich-als-chef-der-notaufnahme-habe-die-auswirkungen-an-dem-hitzewochenende-stark-unterschatzt-1b8a1ede-06b5-4737-8696-52018737e0cf

Hitzetage oder -wochen. Die Landesregierung handelt bereits seit Jahren kontinuierlich und entschlossen beim Thema Klimaanpassung und Hitzeschutz. Und das zeigt Wirkung: Nordrhein-Westfalen gehört bundesweit zu den Vorreitern bei Klimaanpassung und Hitzeschutz.

Mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz von 2021 und der Klimaanpassungsstrategie 2024 hat Nordrhein-Westfalen den grundlegenden Rahmen für Klimaanpassungsmaßnahmen und Hitzeschutz geschaffen. Die ressortübergreifend von allen Ministerien erarbeitete Klimaanpassungsstrategie ist mit 110 konkreten Maßnahmen in 16 Handlungsfeldern auch zum Hitzeschutz das aktuell umfangreichste Instrument zur Anpassung an die Klimafolgen. Bis 2029 werden diese Maßnahmen umgesetzt und einem regelmäßigen Monitoring unterzogen.

Ebenfalls als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst explizit die Folgen des Klimawandels aufgenommen und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass ein moderner und zukunftsfähiger Gesundheitsschutz nicht mehr ohne ein gesundheitsbezogenes Klimafolgenmanagement auskommt. Vorangegangen war bereits in 2022 die gemeinsame Erklärung der Landesgesundheitskonferenz zu „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“. Für eine effizientere Bewältigung von gesundheitlichen Herausforderungen wie Pandemien und Gefahren durch Hitze hat die Landesregierung zu deren Vorbeugung im Jahr 2025 das Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) gegründet.

Bereits im Jahr 2023 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) das Zentrale Netzwerk für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz (ZNGH NRW) einberufen, das die Kommunen und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich mit praktischen Angeboten bei der eigenverantwortlichen Hitzeaktionsplanung vor Ort unterstützt. Das breitgefächerte Instrumentarium wird über die Landeskoordinierungsstelle für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz am LfGA NRW bereitgestellt. Zudem bietet das MAGS mit praxisnahen, kostenlosen Arbeitshilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zielgerichtet Unterstützung für den Schutz vulnerabler Gruppen. Darüber hinaus stellt das Land den Krankenhäusern insgesamt 1,52 Milliarden Euro in den Jahren 2023 bis 2035 für Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung.

Da effektiver Hitzeschutz nur gemeinsam gelingen kann, unterstützt das Land die Kommunen zudem mit umfangreichen Förderprogrammen wie „Klimaanpassung.Kommunen.NRW“, „Klimaanpassung im Rheinischen Revier“ oder dem Bund-Länder-Programm Städtebauförderung auch finanziell bei der Umsetzung konkreter Klimaanpassungsmaßnahmen. Auch für Unternehmen stellt das Land Fördermittel im EFRE-Förderaufruf „Klimaanpassung.Unternehmen.NRW“ und über die öffentliche Wohnraumförderung bereit, damit diese an ihren Gebäuden oder auf ihren Liegenschaften Klimaanpassungsmaßnahmen durchführen können.

Darüber hinaus enthält die Novelle des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, die sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet, die Voraussetzungen für kommunale Klimaanpassungskonzepte, mit denen die Kommunen vor Ort künftig Klimarisiken systematisch erfassen und bewerten und entsprechend gezielt handeln können. Für die Erstellung dieser Konzepte stellt die Landesregierung den Kommunen 20 Millionen Euro bereit. Mit dem Klimaatlas NRW stellt das Land außerdem wissenschaftlich fundierte Daten, Karten und Analysen zur Verfügung, die Kommunen dabei helfen, Risiken zu bewerten und passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Die neue Klimaanalyse 2026 zeigt nicht nur, wo es besonders heiß wird, sondern auch, wo Menschen leben, die gegenüber Hitze besonders empfindlich sind, und ist somit eine wichtige Grundlage für die Steuerung der Siedlungsflächen- und Freiraumentwicklung in der Stadt- und Regionalplanung.

Die Landesregierung unterzieht ihre Programme und Maßnahmen im Bereich von Klimaanpassung und Hitzeschutz einer permanenten Evaluierung und steht zu diesen Themen kontinuierlich miteinander im Austausch.

Die Auswirkungen der extremen Hitzewelle Ende Juni 2026 werden derzeit analysiert und bewertet. Hierzu haben bereits verschiedenste Gespräche mit Akteuren aus Pflege, Gesundheit und Eingliederungshilfe sowie eine Onlinebefragung unter den Mitgliedern des ZNGH NRW stattgefunden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden eingesetzt, um die gesundheitsbezogene Hitzevorsorge in Nordrhein-Westfalen noch resilienter aufzustellen.

Zudem hat das Kabinett am 2. September 2026 weitere Maßnahmen zum Schutz vor Hitze in Krankenhäusern und Einrichtungen der Pflege sowie zur Einstellung von Gesundheitsmanagern in Kommunen beschlossen.

***1. Mit wem hat sich Minister Reul in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 über die krisenhafte Situation während dem Hitzeunwetter bzw. über seine Folgen ausgetauscht? (bitte einzeln auflisten nach Datum, Inhalt, Ort und Dauer des Austausches)***

Ich wurde in dem genannten Zeitraum regelmäßig zur aktuellen Lage und Fortentwicklung der Wettersituation informiert.

***2. Welche Maßnahmen wurden durch das Ministerium des Innern in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 im Zusammenhang mit dem Hitzeunwetter veranlasst? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)***

In Verbindung mit der extremen Wärmebelastung wurde das Lagezentrum der Landesregierung am 27.06.2026 durch das MAGS gebeten, ein Lagebild für Pflegeeinrichtungen und ein Lagebild über die Situation in den Krankenhäusern zu erstellen. Das Lagezentrum der Landesregierung ist für die Steuerung eingehender Meldungen an die jeweiligen Ressorts zuständig.
Das MAGS hat daraufhin nach gemeinsamer Abstimmung mit dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM) einen Erlass an die Bezirksregierungen versendet, in dem die Fragestellungen zur Situation in den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und im Rettungsdienst konkretisiert werden sollen.

Im genannten Zeitraum fanden aufgrund drohender Unwetterlagen zwei Videokonferenzen mit dem Deutschen Wetterdienst statt.
Am 18.06.2026 fand auf Einladung des Deutschen Wetterdienstes eine Videokonferenz anlässlich der Gefahr von kräftigen Gewittern und Sturmböen im Zeitraum vom 19.06.2026 bis 22.06.2026 in Teilen von Nordrhein-Westfalen statt. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass am Freitag, 19.06.2026 örtlich mit Starkregen zwischen 15 und 25 l/qm, vereinzelt auch bis über 40 l/qm und Sturmböen von 9 - 10 Bft zu rechnen sei. In der Videokonferenz wurde auch auf eine starke bis extreme Wärmebelastung hingewiesen. Im Rahmen des Sondermeldewesens wurden die integrierten Leitstellen für Brandschutz, Hilfeleistung, Katastrophenschutz und den Rettungsdienst über die jeweiligen Bezirksregierungen daher über eine markante Wetterlage informiert. Der Berichtszeitraum ging vom 19.06.2026, 18.00 Uhr bis zum 22.06.2026, 07.00 Uhr.

Am 26.06.2026 fand auf Einladung des Deutschen Wetterdienstes eine weitere Videokonferenz anlässlich drohender Unwetter für die voraussichtlich betroffenen Bundesländer statt.

Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass am Samstag, 27.06.2026 landesweit mit schwerem Gewitter, heftigem Starkregen zwischen 25 und 40 l/qm und schweren Sturmböen bis zu 12 Bft zu rechnen sei. Gleichzeitig wurde auf eine extreme Wärmebelastung hingewiesen.
Im Rahmen des Sondermeldewesens wurden die integrierten Leitstellen für Brandschutz, Hilfeleistung, Katastrophenschutz und den Rettungsdienst über die jeweiligen Bezirksregierungen daher über eine Unwetter-Landeslage informiert. Der Berichtszeitraum für die Landeslage im Hinblick auf das Unwetter ging vom 27.06.26, 15.00 Uhr bis 29.06.26, 07.00 Uhr.

Anlässlich einer teilweisen Gewahrsamsschließung am 21.06.2026 wurden die Polizeibehörden hinsichtlich der rechtlichen und faktischen Aspekte der Gewährleistung des Zellenbetriebs auch bei Hitze sensibilisiert.
Darüber hinaus wurden den Polizeibehörden am 28.06.2026 durch das Lagezentrum der Landesregierung Lageberichte der Bezirksregierungen zur Situation im Rettungsdienst, in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen zur Kenntnisnahme und Einbeziehung in die eigene Lagebeurteilung übersandt.

***3. Welche Meldungen lagen dem Ministerium des Innern nach dem geltenden Meldeerlass wegen der Extremwetterlagen bzw. Unwetter mit einer Häufung von Einsätzen im Zuständigkeitsgebiet vor? (bitte einzeln auflisten nach Datum)***

Nach geltendem Meldeerlass lagen dem IM Sofortmeldungen zur Hitzebelastung in jeweils einem Pflegeheim in Krefeld und Dormagen sowie in Krankenhäusern in Leverkusen, Köln, Siegburg, Eitorf, Troisdorf sowie dem Kreis Mettmann vor.

Die in der Antwort auf Frage 2 genannten, vom MAGS angeforderten Lageberichte der Bezirksregierungen zur Situation in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und im Rettungsdienst wurden nachrichtlich durch das Lagezentrum der Landesregierung auch an das IM gesteuert.

Hinsichtlich der durch den Deutschen Wetterdienst angekündigten und in der Antwort auf Frage 2 aufgeführten Unwetterlagen wurden gemäß dem anlassbezogenen Sondermeldewesen folgende Lagen im Informationsportal Gefahrenabwehr NRW (IG NRW) eingerichtet:

- Markante Wetterlage „Gewitter- und Unwetterlage 19.06. -22.06.2026“
  - insgesamt erfolgten Rückmeldungen aus 17 Kreisen / kreisfreien Städten,
  - es wurden 1275 unwetterbedingte Einsätze mit 2325 Einsatzkräften bewältigt,
  - Schwerpunkt der Unwetter war das südliche NRW (Durchzug von West nach Ost).

- Unwetter - Landeslage „Gewitter- und Unwetterlage 27.06.26 - 29.06.26“
  - insgesamt erfolgten Rückmeldungen aus 51 Kreisen / kreisfreien Städten,
  - es wurden 677 Einsätze mit 1990 Einsatzkräften bewältigt,
  - Schwerpunkt der Einsätze war im Kreis Mettmann, in Düsseldorf sowie über das Ruhrgebiet verteilt.

***4. Welche Krisenstäbe der Bezirksregierungen, Gemeinden oder Kreise wurden in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 im Zusammenhang mit dem Hitzeunwetter gebildet? (bitte einzeln auflisten nach Datum, Dauer und Ort)***

Nach § 35 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) richten die kreisfreien Städte und die Kreise zur Leitung und Koordinierung der Abwehrmaßnahmen bei Katastrophen oder Großschadenslagen Krisenstäbe und Einsatzleitungen ein. Kreisangehörige Gemeinden können in diesen Fällen zur Abstimmung der Gefahrenabwehrmaßnahmen Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) einrichten. Die Einrichtung eines Krisenstabs oder eines SAE ist somit abhängig von der Feststellung einer Katastrophe oder einer Großschadenslage in der Kommune oder dem Kreis. Die Einrichtung und Auflösung eines Krisenstabes ist über das IG NRW zu melden. Die kreisfreie Stadt Leverkusen hat am 27.06.2026 eigenverantwortlich einen Krisenstab eingerichtet und dem IM über IG NRW dazu berichtet. Die Arbeit des Krisenstabes wurde am 29.06.2026 beendet. Über die Einrichtung weiterer Krisenstäbe liegen dem Ministerium des Innern keine Meldungen in IG NRW vor.

***5. Lag im Ministerium des Innern ein Lagebild im Zusammenhang mit dem Hitzeunwetter in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 vor? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)***

Es wird auf die Antwort auf Frage 3 verwiesen.